

Positionspapier

Hannover, 08.05.2020

Konjunkturpaket für Niedersachsen und Bremen

Anschub für die Erneuerbaren - jetzt!

Die sich andeutende wirtschaftliche Rezession wurde durch die Maßnahmen im Zusammenhang mit der Coronakrise verstärkt und beschleunigt. Für die Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen wurden in kürzester Zeit ungeahnte Kräfte freigesetzt – das damit verbundene politische Engagement fordert der LEE ebenfalls für die Umsetzung der Energiewende ein. Es wird großer Anstrengungen bedürfen, mit geeigneten Programmen die Wirtschaft zu stabilisieren. Dabei sollte Grundlage der Investitionsanreize die Erreichung der Klimaziele sein.

Erneuerbare bedeutender Standortfaktor in Niedersachsen und Bremen.

Die Erneuerbaren Energien sind ein wichtiger Wirtschaftszweig in Niedersachsen und Bremen. Sie sind in vielen ländlichen Gemeinden die größten Gewerbesteuerzahler. Rund 65.000 Arbeitsplätze hängen direkt oder indirekt von der Erneuerbaren-Branche in Niedersachsen und Bremen ab. Dazu kommen noch viele positive Effekte entlang der Wertschöpfungsketten. Die heimischen Erneuerbaren Energien könnten wichtiger Stabilitätsgarant für die Wirtschaft sein. Dazu bedarf es allerdings schnell neuer Weichenstellungen.

Fakt ist, dass das führende Erneuerbare Energieland Niedersachsen bei den Ausschreibungen von Windprojekten im Jahr 2019 Zuschläge in Höhe von gerade einmal 356 MW, im Bioenergiebereich von nur rund 2,9 MW und im Solarbereich von knapp 40 MW erhalten hat. Die Klimaziele können offensichtlich nicht unter den vom EEG vorgegebenen Rahmenbedingungen erreicht werden.



Die Probleme sind differenziert: Liegt es im Bereich der Windenergie insbesondere an schleppenden Verfahren bei der Ausweisung von regionalen und Landesraumordnungsprogrammen und Genehmigungen, so behindern im Bereich der Bioenergie und in der Solarbranche neben Genehmigungs- und Flächenfragen vor allem die nicht auskömmlichen Gebotshöchstwerte Investitionen.

Investitionen von mehr als einer halben Milliarde Euro in kurzer Zeit realisierbar

Die niedersächsische Branche der Erneuerbaren Energien lebt und arbeitet in der Regel dort, wo sie investiert. Es gibt eine hohe Bereitschaft in den Ausbau der Erneuerbaren Energien zu investieren. Innerhalb kurzer Zeit könnten dort Investitionen in Höhe von mehr als einer halben Milliarde Euro realisiert werden. Sichergestellt werden muss lediglich eine zügige Genehmigung von Projekten und eine Perspektive für den wirtschaftlichen Betrieb. Dabei geht es ausdrücklich nicht um Subventionen, sondern um ein System der CO₂-Bepreisung, das Anreize für ein klimafreundliches Marktsystem eröffnet.

Schnellstmöglich klare Rahmenbedingungen für Investitionen schaffen und EEG anpassen

Daher ist eine Hauptforderung des LEE Niedersachsen/Bremen, schnellstmöglich klare Rahmenbedingungen zu schaffen, um Investitionen im Bereich der Erneuerbaren zu generieren und damit einen wichtigen Beitrag zur Wirtschaftsentwicklung zu leisten. Dabei sollten die Bedürfnisse des niedersächsischen und Bremer Mittelstands und der Industrie im Hinblick auf die Dekarbonisierung der Wirtschaft berücksichtigt werden.

Der LEE unterstützt die Forderung der Länder, die EEG-Umlage abzusenken. Hauptforderung ist aber, schnellstmöglich das EEG umfänglich anzupassen. Die vorgelegte kleine Anpassung wird keinen Schub für weitere Wirtschaftskraft geben. Insbesondere vor dem Hintergrund des von der Bundesregierung formulierten Ziels, den Anteil Erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch bis 2030 auf 65 Prozent zu erhöhen, benötigt die Branche jetzt Investitionsperspektiven und Investitionssicherheit. Dabei geht der LEE von einem Bruttostromverbrauch von rund 740 Terrawattstunden (TWh) entsprechend den Berechnungen des Bundesverbands Erneuerbare Energie (BEE) aus und hält die angestrebten 580 TWh des Klimaschutzprogramms der Bundesregierung, die von einem sinkenden Strombedarf ausgeht, für unrealistisch.



Konkret fordern wir:

Administrative Hürden für den Aus- und Zubau der Erneuerbaren senken

- Auf Bundesebene muss die Netzausbauverordnung zum 31.12.2020 auslaufen, um den dringend erforderlichen Windausbau in Niedersachsen nicht weiter zu deckeln.
- Die Ergebnisse des Runden Tisches beim niedersächsischen Ministerpräsidenten zum Windenergieausbau müssen umgehend umgesetzt werden. Konkret sind das die Vereinbarungen zum Windenergieerlass und Artenschutzleitfaden, zur schnellen Aufstellung von Regionalen Raumordnungsprogrammen (RROP) und zu verbindlichen Verabredungen für eine zügige Genehmigungspraxis und ein umfassendes Repowering auf akzeptierten Flächen.
- Konkrete Probleme beim Ausbau durch den Shutdown müssen gelöst werden, beispielsweise die Handhabung der öffentlichen Auslegung von Genehmigungen oder die Realisierungsfrist von Flexibilisierungsprojekten im Biogasbereich bis Ende November 2020.

Die Regularien mit Blick auf die Sektorenkopplung und die Möglichkeit der Eigen- und Industrierversorgung muss wirtschaftlich ermöglicht werden

- Die aktuell geltenden Definitionen und Regelungen zur Eigenversorgung im EEG müssen dringend EU-rechtskonform angepasst werden und die entsprechende EU-Richtlinie muss in deutsches Recht umgesetzt werden.
- Analog des Einspeisevorrangs für Erneuerbare Energie sollte ein entsprechender Vorrang für das Gasnetz geschaffen werden, der die Einspeisung mit Wasserstoff einbezieht. Hier muss die Bundesnetzagentur einen entsprechenden Einspeiseleitfaden entwickeln.
- Um Stromengpässe im Erneuerbare Energien-Bereich grundsätzlich zu vermeiden, bedarf es des konsequenten Ausbaus der Netzinfrastruktur. Niedersachsen muss hier in den Genehmigungsverfahren mit gebündelter Fachkompetenz schneller reagieren.

Eigenstrommodelle wirtschaftlich ermöglichen

- Eine Direkt- oder Eigenversorgung mit Grüner Energie sowie Energiespeicher müssen von der EEG-Umlage befreit werden.



Der Solardeckel muss weg

- Im Solarbereich ist der vom Bundeswirtschaftsministerium definierte 52-GigaWatt-Deckel nahezu erreicht. Die gebotene Aufhebung des Deckels würde den dringend nötigen Zubau ermöglichen. Niedersachsen und Bremen bieten im ländlichen wie im urbanen Raum erhebliche Potenziale für die Erzeugung von Solarenergie.
- Auch solare Mieterstrommodelle müssen ermöglicht werden und könnten im mittelständischen Bereich Investitionen anreizen.

Weiterbetrieb ermöglichen

- Um die Ziele der CO₂-Einsparungen zu erreichen, ist neben dem Zubau von Leistung aus Erneuerbaren Energien auch der Erhalt der bisherigen Leistung erforderlich. Daher muss sichergestellt werden, dass Windenergieanlagen, deren EEG-Vergütung ausläuft, über ein Übergangsmodell, das sich an den Ausschreibungsergebnissen orientiert, erhalten bleiben.
- Die Angebotshöchstpreise müssen bei der EEG-Vergütung insbesondere im Bereich Bioenergie angepasst werden.

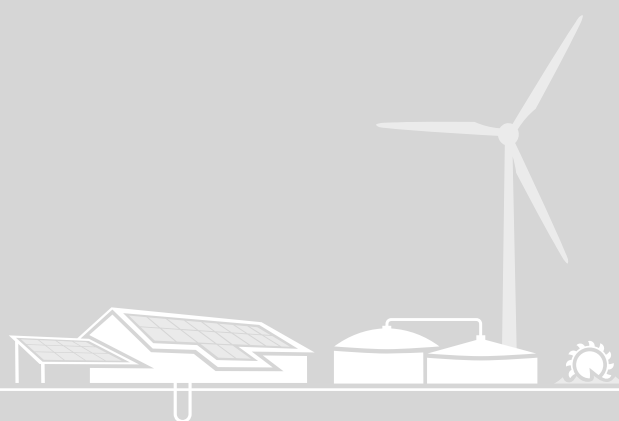
Konjunkturpaket klimapositiv gestalten

- Sollte es Abwrackprämien oder weitere Investitionsförderungen im Rahmen eines Konjunkturpaketes geben, müssen diese immer unter Vorbehalt einer innovativen klimapositiven Ausrichtung stehen.
- Konjunkturell positiv würde sich eine Exportförderung im Herstellerbereich auswirken. Insbesondere in der Windbranche, als bisherigem Technologieführer in Niedersachsen und Deutschland, könnten finanzielle Anreize helfen, die Produktionsstandorte für Anlagenteile langfristig in Niedersachsen zu halten und die Exportzahlen und damit den steuerrelevanten Gewinn zu erhöhen.

Digitalisierung nutzen

- Digitalisierung ist ein wichtiger Baustein für die intelligente Vernetzung der Energiesysteme, Netzstabilität und Versorgungssicherheit. Hier muss der Ausbau weiter vorangetrieben werden.





Landesverband Erneuerbare Energien
Niedersachsen | Bremen e. V.

Herrenstraße 6
30159 Hannover
0511 - 727367 - 310
s.veyberg@lee-nds-hb.de
www.lee-nds-hb.de
V.i.S.d.P. Silke Weyberg
Geschäftsführerin